

Hörnbebauung: Einfach zu wenig Sozialwohnungen

Die Hörnbebauung realisiert 15% des Wohnraums als geförderte Sozialwohnungen. Damit verfehlt die Landeshauptstadt ihr Ziel von 30% um die Hälfte. Die SSW-Ratsfraktion mahnt die Rot-Grüne Kooperation zu mehr Einsatz bei der Überwindung des Wohnungsproblems, anstatt ständig nur die Lösungsvorschläge des SSW abzulehnen. Dazu erklärt der Fraktionsvorsitzende Ratsherr Marcel Schmidt:

„Wie man es dreht und wendet: 15 Prozent geförderter Wohnraum an der Hörn reichen bei weitem nicht aus. Natürlich hat die Stadtbaurätin Doris Grondke recht, wenn sie darauf hinweist, dass die Bebauungspläne vor dem Beschluss der Ratsversammlung rechtswirksam geworden sind. Aber das ändert leider nichts an der Wohnungsnot. Die Wohnbebauung an dieser Stelle genießt eine große Aufmerksamkeit, da sie ein Scharnier bilden wird, das Kiels Stadthälften östlich und westlich der Förde verbinden soll. Wenn hier jetzt größtenteils nur hochpreisiger Wohnraum entsteht, bekommt unsere Landeshauptstadt gleich zwei Probleme auf einmal: Die Bewohner*innen des Ostufers, die diese Bebauung als Gentrifizierung und Verdrängung empfinden könnten und alle Wohnraumsuchenden, die sich im Zuge der Baumaßnahmen an der Hörn eine Entspannung auf dem Wohnungsmarkt ausgemalt hatten.

Schnelle und präzise Abhilfe für das Wohnungsproblem gibt es nur durch weitere sozial geförderte Neubauten und eine Wohnungsgesellschaft mit großem Bestand, die damit die Preise am Wohnungsmarkt wieder dem eigentlichen Wert der Immobilien anpassen kann. Dafür sind jedoch entschlossene Investitionen nötig, die wir in den vergangenen Haushaltsberatungen mit dem Antrag ‚Erhöhung der Mittel für Baumaßnahmen der KiWoG ‘ (Drs. [1060/2021](#)) gefordert haben, die jedoch von der Rot-Grünen Kooperation abgelehnt wurden. Das gleiche geschah bereits im August, als wir mit dem Antrag ‚Mehr sozial geförderter Wohnraum durch neue Perspektiven zur Einhaltung der Quote für

geförderten Wohnraum bei Neubauprojekten' (Drs. [0592/2021](#)) ein Verfahren beantragt hatten, Bauherren die Einhaltung der 30%-Quote unter Zuhilfenahme der KiWoG zu erleichtern. Im Ergebnis ist bei der Kooperation also kein Wille erkennbar, die Situation am Wohnungsmarkt im Sinne der Bevölkerung zu verbessern. Sie versucht offenbar, die Lage auszusitzen, bis mehr und mehr Kieler*innen ins Umland ziehen und aus der Statistik herausfallen. Hier ist wesentlich mehr Einsatz gefordert, den wir uns auch vom zuständigen Dezernenten Gerwin Stöcken wünschen.“